

Weltweiter Appell besorgter Jüdinnen und Juden an die israelische Regierung

Medienkonferenz vom 2. März 2009 in Bern

[MEDIENMITTEILUNG](#)

[STATEMENT VON JOCHI WEIL-GOLDSTEIN,
INITIANT, ZÜRICH](#)

[STATEMENT VON PHILIPPE LÉVI,
ALT-BOTSCHAFTER, BERN](#)

[STATEMENT VON SHELLEY BERLOWITZ,
JÜDISCHE STIMME FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN ZWISCHEN ISRAEL UND PALÄSTINA
\(ZÜRICH\)](#)

Kontaktperson: Jochi Weil-Goldstein, Goldbrunnenstrasse 131, CH-8055 Zürich.
Tel. 0041 44 462'20'03 (p) / 0041 44 242'72'44 (b, nachmittags)
e-mail : j.weil@bluewin.ch

Medienmitteilung

Appell von Juden an die israelische Regierung

An einer Medienkonferenz in Bern ist am Montag, 2. März 2009 ein weltweiter Appell besorgter Jüdinnen und Juden für ein Israel, das die Menschenrechte wahrt, lanciert worden. „Aus Mitverantwortung füreinander, im Geiste jüdischer Tradition – weil die Besetzung die Lebensperspektiven der Besetzten und die Seelen der Besetzenden zerstört“ wird folgender Aufruf an die israelische Regierung gerichtet: „Wir, die unterzeichnenden Jüdinnen und Juden, erwarten die Beendigung der israelischen Besetzung, Besiedlung und Blockade palästinensischer Gebiete. Wir bestehen auf würdigen Lebensbedingungen sowie auf Sicherheit für alle Menschen in Israel und Palästina“.

Wunsch der 23 Erstunterzeichnenden aus der Schweiz, Deutschland, Österreich und Israel ist es, dass in den nächsten drei Jahren möglichst viele der weltweit ca. 13 Millionen Jüdinnen und Juden den Appell unterschreiben, der in acht Sprachen auf der Website www.humanrights-in-israel.ch abrufbar ist. Von der israelischen Regierung erhoffen sie sich die schrittweise Umsetzung ihrer Anliegen.

Initiant des Appells ist Jochi Weil-Goldstein (Zürich). Zusammen mit alt Botschafter Philippe Lévy (Bern) und Shelley Berlowitz (Zürich) von der Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina (Schweiz) erläuterte er an der Medienkonferenz seine Motive und die Hintergründe der Initiative.

Die Erstunterzeichnenden sind: Rochelle Allebes (Zürich, CH), Rachel Babecoff (Genf, CH), Gaby Belz (St. Gallen, CH), Shelley Berlowitz (Zürich, CH), Judith Bernstein (München, D), Guy Bollag (Zürich, CH), Michel Bollag (Zürich, CH), Tsafrir Cohen (Jerusalem, IL / Berlin, D), Dr. Ernest Goldberger (Tel Aviv, IL), Batja und Chanan Guggenheim-Ami (St. Gallen, CH), Evi Guggenheim Shbeta (Neve Shalom/Wahat al-Salam, IL), Dorrie Iten-Gilden (Uster, CH), Philippe Lévy (Bern, CH), Prof. René Levy (Mézières, CH), Dr. Rachel Livné-Freudenthal (Jerusalem, IL), Hanno Loewy (Hohenems, A), Miriam Victory Spiegel (Zürich, CH / New York, USA), Raffael Ullmann (Zürich, ZH), Prof. Rolf Verleger (Lübeck, D), Jochi Weil-Goldstein (Zürich, CH), Dr. Samuel Wiener-Barraud (Hombrechtikon, CH), Prof. Moshe Zuckermann (Tel Aviv, IL). Und als Organisation: Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina (Schweiz)

Kontaktperson: Jochi Weil-Goldstein, Goldbrunnenstrasse 131, CH-8055 Zürich. Tel. 0041 44 462'20'03 (p) / 0041 44 242'72'44 (b, nachmittags)
e-mail : j.weil@bluewin.ch

Medienkonferenz vom 2. März 2009 in Bern

Appell von Juden an die israelische Regierung

Statement von Jochi Weil-Goldstein Initiant, Zürich

(Es gilt das gesprochene Wort)

Seit bald 30 Jahren bin ich in der Verständigung zwischen Juden, Jüdinnen und PalästinenserInnen tätig. Zwei Bereiche möchte ich erwähnen: seit 1982 betreue ich bei **medico international schweiz**, früher Centrale Sanitaire Suisse CSS Zürich, die Unterstützung von basismedizinischen Projekten in Palästina und in diesem Rahmen seit ca. 1990 die „medizinische Brücke“ zwischen Israel und Palästina. Mitbegründet habe ich 2001 die **Kampagne Olivenöl**, in der ich bis heute aktiv bin. Diese Organisation aus palästinensischen, jüdischen und anderen von der nahöstlichen Tragödie betroffenen Menschen, importiert Olivenöl aus Palästina in die Schweiz und unterstützt aus dem Verkaufsgewinn verschiedene Projekte in Palästina sowie Verständigung zwischen Israeli und PalästinenserInnen.

In den vergangenen Jahren ist die Situation im Nahen Osten immer schlimmer geworden. Der Krieg in Gaza ist ein besonders schmerzlicher Höhepunkt. Das bringt Menschen wie mich, die an einer Verständigungslösung arbeiten, zunehmend in Verzweiflung. Wie oft liege ich doch nachts wach, denke über die ausweglos erscheinende Situation nach und frage mich, was ich denn zusätzlich noch tun könnte. Dabei ist folgendes Bild in mir entstanden: Ich spiele Schach, bin am Zug mit der Dame und merke, dass jeder deren Verlust bedeuten würde... Diese Spannung der Ausweglosigkeit war es denn auch, die im vergangenen Sommer zur Idee führte, einen Appell an die weltweit ca. 13 Millionen Jüdinnen und Juden zu richten. Warum wende ich mich an sie? Ich denke, dass für die meisten von uns Israel wichtig ist,

und wir uns mit diesem Land verbunden fühlen. Durch unsere Verbundenheit tragen wir - direkt oder indirekt, unbewusst oder bewusst - Mitverantwortung am Geschehen, in erster Linie die ca. 5 Millionen jüdischen Israeli, aber auch die ca. 8 Millionen von uns ausserhalb, in der Diaspora. Wenn wir gegenüber dem Unrecht der seit 1967 andauernden Besatzung palästinensischer Gebiete und der Entwürdigung der Menschen dort schweigen, gilt das aus meiner Sicht indirekt als Zustimmung.

Mit dem Appell möchten wir einen Beitrag leisten, um vielleicht ein bisschen an einer Änderung der israelischen Politik mitzuwirken. Der Text lautet wie folgt:

Für ein Israel, das die Menschenrechte wahrt

Weltweiter Appell besorgter Jüdinnen und Juden

Aus Mitverantwortung füreinander, im Geiste jüdischer Tradition – weil die Besatzung die Lebensperspektiven der Besetzten und die Seelen der Besetzenden zerstört.

Appell an die israelische Regierung:

Wir, die unterzeichnenden Jüdinnen und Juden,

erwarten die Beendigung der israelischen Besatzung, Besiedlung und Blockade palästinensischer Gebiete. Wir bestehen auf würdigen Lebensbedingungen sowie auf Sicherheit für alle Menschen in Israel und Palästina.

Wie ist dieser Appell entstanden? Im August bin ich mit einem ersten Entwurf an einige Bekannte gelangt und habe sie um ihre Meinung gefragt. Die Reaktionen waren unterschiedlich, zustimmend, ambivalent bis ablehnend. Nach einer gewissen Verunsicherung entschloss ich mich, die Idee des Appells weiterzuverfolgen und umzusetzen. In einem viermonatigen Prozess ist nun der kurze Text im Dialog mit ErstunterzeichnerInnen entstanden. Auf der Suche nach ErstunterzeichnerInnen war für mich das entscheidende Kriterium: Haben sich diese Personen bei der Suche nach politischen Kompromissen zwischen Israel und Palästina glaubhaft eingesetzt? Es ging mir nicht darum, viele anzufragen, ursprünglich dachte ich an deren 10. Nun sind wir 23 Frauen und Männer aus der Schweiz, Deutschland, Österreich und Israel.

Der Appell erscheint in folgenden 8 Sprachen: Englisch, Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Hebräisch, Arabisch und Russisch. Während dreier Jahre sollen möglichst viele Unterschriften zusammenkommen.

Ich wünsche uns nun, dass dem Appell ein gewisser Erfolg beschieden sein wird, damit endlich am Verhandlungstisch ernsthaft politische Kompromisse verbindlich gesucht und umgesetzt werden. So können wir vielleicht Auswege aus der nahöstlichen Tragödie finden.

Vielen Dank fürs Zuhören.

Bern, 2. März 2009

Medienkonferenz vom 2. März 2009 in Bern

Appell von Juden an die israelische Regierung

Statement von Philippe Lévy alt-Botschafter, Bern

Ich werde mich kurz fassen – aber nicht im Sinne jenes ehemaligen Bernischen Regierungsrates, der eine zu kurz geratene Rede mit dem Satz abschloss: es gäbe noch viel zu sagen, wenn ich wüsste was...

Zuerst ein kurzes Wort über das Verhältnis zwischen Jüdinnen und Juden außerhalb Israels und dem Staat Israel. Man kann das Verhältnis vergleichen mit den Mitgliedern einer Familie, die selbstverständlich eine enge affektive Beziehung haben. Schwierig wird das Verhältnis jedoch, wenn ein Familienmitglied ein Verhalten an den Tag legt, das sittlich unakzeptabel ist – etwa wenn es Rechtsbrüche verübt. Dann müssen sich die anderen Familienmitglieder von ihm distanzieren – ansonst sie sich selber schuldig machen.

Dem früheren Botschafter sei auch ein Wort über das Völkerrecht erlaubt. Dessen Einhaltung liegt im Interesse aller Staaten – besonders aber von Kleinstaaten wie Israel, Palästina und der Schweiz. Und zwar ungeachtet der Tatsache, ob der angesprochene Staat das betreffende internationale Abkommen unterzeichnet und/oder ratifiziert hat. Dies gilt ebenso für die Genfer Konventionen wie für sonstige zwischenstaatliche Abmachungen. Dies gilt für in besetzten Gebieten errichtete Siedlungen wie für Grenzblockaden.

Innerstaatlich gehört hiezu die Einhaltung der Menschenrechte und die Nichtdiskriminierung – sei es aus Gründen der Abstammung, des Geschlechts oder der Religionsangehörigkeit. Es geht nicht an, dass etwa das orthodoxe Rabbinat ein Monopol ausübt i.S. jüdische Eheschliessungen. Die 300'000 Einwanderer aus der früheren Sowjetunion, die halachisch nicht als Juden gelten, können keine rechtlich anerkannte Ehen eingehen. Die Zivilehe sollte zugelassen werden und die nicht-orthodoxen Hochzeiten rechtlich anerkannt werden.

In den besetzten Gebieten sind die Genfer Konventionen einzuhalten. Dies gilt auch für andere zwischenstaatliche Vereinbarungen wie der Siedlungsstop. Die Menschenrechte und die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner der von Israel verwalteten Gebiete sind zu respektieren. Dies gilt auch für die Gebiete, die Gegenstand einer israelischen Blockade sind.

Mit der Beendigung der Besetzung, der Besiedlung und der Blockade palästinensischer Territorien würden die Voraussetzungen geschaffen für einen Friedensschluss im Nahen Osten und damit der Sicherstellung der Sicherheit aller Bewohner.

Ich danke Ihnen.

Philippe Lévy

Medienkonferenz vom 2. März 2009 in Bern

Appell von Juden an die israelische Regierung

Statement von Shelley Berlowitz

Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina (Zürich)

(Es gilt das gesprochene Wort)

Mein Name ist Shelley Berlowitz. Ich spreche zu Ihnen als eine der Erstunterzeichnerinnen des *Appells besorgter Jüdinnen und Juden* und als Vertreterin der *Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina*, die den Appell als Organisation mit unterschrieben hat.

Ich bin mit dem Bewusstsein aufgewachsen, Israel sei eine mustergültige Demokratie. Ein Staat, der nach Jahrhunderten von Verfolgung endlich Erlösung für das jüdische Volk bringe. Ein Staat, der von selbstlosen, idealistischen, gerechten Pionieren geschaffen wurde, zum Wohle aller Juden und Jüdinnen – auch jener, die beschlossen hatten, nicht darin Wohnsitz zu nehmen. Der jüdische Staat und die starke israelische Armee, so war ich überzeugt, würden mich, meine Familie und Freunde beschützen, falls unsere nichtjüdische Umwelt uns bedrohen würde. Darum sei es die Pflicht aller Juden und Jüdinnen, so habe ich es gelernt, sich solidarisch mit Israel zu zeigen – es finanziell zu unterstützen, tatkräftig mitzuhelfen, wo Hilfe nötig ist, und Israel überall dort zu verteidigen, wo es angegriffen wird. Mich brauchte niemand in die Pflicht zu nehmen, Israel zu verteidigen. Ich tat es mit Verve und mit Überzeugung. Ich war stolz, mich zu jenen zu bekennen, die die Wüste zum Blühen brachten und allen Menschen – auch den Arabern in der Region – ein Leben in Würde und Freiheit ermöglichten.

Mit diesem idealen Bild eines mustergültigen Israel sind viele von uns aufgewachsen – Juden wie Nichtjuden. Ich bin in Israel geboren, in der Schweiz aufgewachsen und mit 18 Jahren, 1974, alleine nach Israel zurück gewandert. Dort habe ich zwei Jahre Militärdienst geleistet. In den sieben Jahren, in denen ich in Israel lebte, hat sich mein Bild rasant und radikal geändert. Es ist nicht schlimm, dass es sich veränderte, dass es differenzierter wurde, weniger Kontrast zwischen Gut und Böse aufwies, mehr Grautöne bekam. Kein Staat ist ein idealer Staat, keine Armee ein Ausbund von Moral und keine

Gesellschaft eine Ansammlung von tapferen und selbstlosen und gerechten Menschen. Israel wurde für mich zu einem realen Ort.

An diesem realen Ort waren damals schon nicht alle Menschen gleich viel wert. Die PalästinenserInnen in Israel lebten und leben immer noch als BürgerInnen zweiter Klasse. Und seither werden auch in zunehmenden Masse die Würde, die Zukunftsperspektiven, der normale Alltag und die sozialen Netze der Palästinenserinnen und Palästinenser in den besetzten, kontrollierten und strangulierten Gebiete der nationalen Sicherheit Israels geopfert. Eine mit den modernsten Waffen aufgerüstete regionale Militärmacht führt Krieg gegen eine Zivilbevölkerung in Gaza, aus deren Mitte heraus selbst gebastelte, eingeschmuggelte Raketen auf israelische Zivilisten abgeschossen werden. Über 1300 Tote, Tausende Verwundete, Hunderttausende Traumatisierte und Trauernde, anderthalb Million zerstörter Lebensperspektiven und ein eklatanter Mangel an Lebensnotwendigkeiten sind das Resultat. In der Westbank sind zwei Millionen Menschen ihrer Bewegungsfreiheit beraubt, können ihr Leben nicht eigenständig gestalten und ihre Zukunft nicht planen. Der Staat, der dies verantwortet, kann nicht der Staat sein, der eine sichere Zuflucht für Juden und Jüdinnen in der ganzen Welt gewährleistet. Denn Menschenwürde und Menschenrechte sind nicht relativ und sie sind nicht teilbar.

Eine Freundin, Friedensaktivistin in Israel, formulierte: „Man muss blind sein, willkürlich blind, um nicht schockiert zu sein über die Zustände in Israel und Palästina. Wer ein Herz hat und fühlen kann, muss aufstehen und sagen: Lasst uns das verändern!“ Ich möchte hinzufügen: Wer einen Kopf hat und denken kann, muss dasselbe tun.

Wenn man sich mit der dialogischen Zusammenarbeit zwischen PalästinenserInnen und jüdischen Israelis in der Vergangenheit beschäftigt, wie ich es in meiner Dissertation tue, dann wird schnell klar, dass die Bedingungen dafür nie ideal waren, aber mit zunehmender Verachtung immer schwieriger bis ganz unmöglich werden. Die Perspektiven der Anderen werden in Israel unsichtbar gemacht. Jüdische Frauen und Männer haben sich im Jahre 2002 zusammen getan und in der Schweiz die *Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina* (www.jvjp.ch) gegründet. Hier versuchen wir, auch anderen Perspektiven eine Stimme zu geben. Und darum haben wir, habe ich, diesen Appell an die israelische Regierung unterzeichnet. Wir bestehen auf würdigen Lebensbedingungen und auf Sicherheit für **alle** Menschen in Israel und Palästina.

Ich danke Ihnen.

Bern, 2. März 2009